

Arbeitslosenversicherung.

ap. Der von verschiedenen Seiten gestellte Antrag, die Frage der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit auf die Tagesordnung des diesjährigen Parteitagcs zu setzen, wird allgemein begrüßt werden, und zweifellos wird der Parteitag ihm stattgeben. Die hereingebrochene Krise läßt den Druck der Arbeitslosigkeit furchtbar schwer auf den Massen lasten und macht die Frage, was dagegen zu machen sei, zur wichtigsten Frage, die das ganze Denken des Proletariats einnimmt. Direkt zu bekämpfen ist die Arbeitslosigkeit allerdings nicht; unter dem Kapitalismus findet nur derjenige Besitzlose Arbeit und Lohn, den der Kapitalist profitbringend zu verwenden weiß, und wenn aus dem Ueberschuß der Produktion eine Krise entstanden ist, verschwindet diese Möglichkeit und müssen die Arbeiter massenhaft feiern und hungern. Solange nicht der Kapitalismus durch die Eroberung der politischen Herrschaft durch das Proletariat beseitigt ist, solange wird diese Quelle des Elends nicht verschwinden. Unter dem Kapitalismus kann nur von einer Linderung der Folgen der Arbeitslosigkeit die Rede sein. Die Frage, wie diese Linderung am besten zu erzielen ist, wird jetzt zu einer der brennendsten Fragen der Sozialreform. Wenn die Behandlung dieser Frage auf dem Parteitag auch nicht zu langen Diskussionen führen wird, da große taktische Meinungsverschiedenheiten darüber kaum vorhanden sein werden, so wird sie um so mehr geeignet sein, klärend und agitatorisch zu wirken und als Triebkraft der Gesetzgebung zu dienen.

Man redet über die Arbeitslosenversicherung oft, als ob sie eine Sozialreform derselben Natur ist wie Kranken- oder Invaliditätsversicherung. Aber das Uebel der Arbeitslosigkeit steht mit dem ganzen kapitalistischen System in einem viel tieferen und innigeren Zusammenhang, als jene anderen Uebel und Nöte, gegen die das bisherige staatlich geregelte Versicherungsweisen dienen soll. Mögen Krankheit, Unfälle und Arbeitsunfähigkeit noch so stark durch die kapitalistische Ausbeutung gesteigert werden und als solche eng mit dieser Wirtschaftsordnung verknüpft sein, sie sind immer nur Wirkungen, nur hinzukommende Folgen. Und denkt man sich den Fall, daß sie durch eine ideale Sozialfürsorge fast völlig beseitigt wären, das Aus-

beutungssystem selbst wäre damit nicht im geringsten angetastet; vielmehr stände es durch den Fortfall schlimmer Notstände unangreifbar da. Wäre aber die Arbeitslosigkeit beseitigt, so wäre die Ausbeutung in ihrem Fundament erschüttert; der Druck der Reservearmee der Arbeitslosen hält die Löhne niedrig, und könnte dieser Druck aufgehoben werden, so müßte es den Arbeiterorganisationen viel leichter fallen, sie immer mehr auf Kosten des Mehrwerts zu steigern. Es ist schon öfter dargelegt worden, wie eine zur Herrschaft gelangte Arbeiterklasse vor allem durch ihre Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit die Macht der Unternehmer gegen die Gewerkschaften schwächen und damit den Weg zur Aufhebung der Ausbeutung anbahnen könnte.

Die Arbeitslosigkeit ist also nicht nur Wirkung, sondern auch Ursache und Grundlage des Kapitalismus. Und daher müssen bei der verschiedenen Stellung, die Bourgeoisie und Proletariat zu der Bekämpfung ihrer Folgen einnehmen, noch wesentlich andere Gründe maßgebend sein, als bei ihrer Stellung zu der übrigen sozialen Versicherung. Soweit für die Bourgeoisie dieselben Gründe hier wie dort zur Reform drängen, liegen sie einerseits in der Empörung gegen die bestehende Weltordnung, die die Not in den Massen heranzüchtet, andererseits in der Schädigung der Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft für die Arbeit im Dienste des Kapitals. Wenn in Zeiten schlimmer Krise die Arbeitslosen zu Tausenden und Zehntausenden durch die Straßen ziehen, um dort vor dem prangenden Reichtum der Besitzenden ihr Elend zu demonstrieren, dann erwacht in manchem Bourgeoisherzen die Furcht, die das Gewissen mahnt; etwas Geld wird gesammelt und die Kommunen veranstalten Notstandsarbeiten — mehr weiß die herrschende Klasse natürlich auch nicht zu machen. Einsichtige Sozialreformer rechnen ihr vor, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, die Arbeitskraft des Proletariats, die Quelle ihrer Profite, nicht durch Not und Krankheit schwächen und verkümmern zu lassen, sondern sie durch eine richtig organisierte Hilfeleistung instand zu halten. Das alles gilt hier genau so wie bei anderen Uebeln des Kapitalismus, die den Arbeiter verelenden. Aber bei den anderen tritt nur die Knauerei der Bourgeoisie als Hemmnis der Sozialreform auf; für franke oder verletzte Arbeiter ein gutes Stück Geld aufzuwenden, täte ihr um ihr Portemonnaie leid. Bei der Arbeitslosigkeit kommt noch etwas hinzu, das die Wortführer des Unternehmertums in der Sorge

zum Ausdruck bringen, daß nicht die Faulheit die Seele der Arbeiter verdirbt. Gibt man den arbeitslosen Arbeitern Unterstützung, sagen sie, so bemühen sie sich überhaupt nicht mehr um Arbeit, weil ihnen das faulenzende Leben besser zusagt! Die Junker schmälen ja schon, daß sogar Arbeitslose von der schönen gesunden Landarbeit zu 1 M pro Tag nichts wissen wollen. In dieser Furcht vor der Förderung der „Faulheit“ spricht sich der Wille der Bourgeoisie aus, die lohndrückende Wirkung der Arbeitslosigkeit nicht aufheben zu lassen. Das tritt auch in der standalös niedrigen Bezahlung der Notstandsarbeiten zu tage.

Auch für das Proletariat liegt neben der Vinderung des persönlichen Glanzes die Hauptfrage in der gesellschaftlichen Wirkung der Arbeitslosigkeit. Daß bei starker Arbeitslosigkeit die verhungerten Arbeiter sich massenhaft für einen geringen Lohn zur Arbeit drängen und die noch arbeitenden sich den Lohnherabsetzungen nicht widersetzen können, geht in erster Linie die Gewerkschaften an, deren Erfolge dabei in Frage gestellt werden. Die Gewerkschaftsbewegung hat nun die Arbeiter allmählich dahin erzogen, daß sie sich auch bei Arbeitslosigkeit nicht zu Lohnrückern hergeben. Aber dafür dürfen dann umgekehrt die Gewerkschaften die arbeitslosen Kollegen auch nicht im Stich lassen, sonst könnte doch schließlich die Solidarität am Hunger zusammenbrechen. Daher mußten die Gewerkschaften immer mehr zu einer Unterstützung der Arbeitslosen kommen, als notwendiger Teil ihres Kampfes um bessere Löhne. Gerade weil die Arbeitslosenunterstützung nicht einfach eine Sozialreform ist, sondern zugleich eine Kampfmaßnahme, haben die Gewerkschaften sie schon praktisch verwirklicht, als die bürgerliche Welt noch nichts damit anzufangen wußte.

Es ist aber von vornherein klar, daß eine befriedigende Abhilfe des ganzen Übels die Kräfte der Gewerkschaften übersteigt; sie können nur während kürzerer Perioden der Arbeitslosigkeit Unterstützung gewähren. In viel stärkerem Maße gilt also, daß das Proletariat als Ganzes nicht in der Lage ist, die Summen zusammenzubringen, die zur Steuerung dieses Übels nötig sind. Nur die bestgestellten Gruppen der Arbeiter, die sich in den guten Arbeitsjahren, von 20 bis etwa 40, befinden, wären dazu mit knapper Not imstande; die großen Massen der schlecht entlohnten und schlecht organisierten Schichten, sowie diejenigen über 40 Jahre, die mit halbverbrauchter Arbeitskraft sich durchschlagen müssen, sind dazu nicht

fähig. Deshalb stellen wir die Forderung an Staat und Gemeinde, hier helfend einzugreifen. Die besten Formen für diese Hilfe zu finden, bildet das praktische Problem der Arbeitslosenversicherung.

Die beste Lösung dieses Problems dürfte das Genter System bieten, das auch den Vorschlägen unserer Gemeindevertreter in Groß-Berlin zugrunde liegt. Die Gemeinden zahlen einen Zuschuß zu der von der Gewerkschaft geleisteten Unterstützung, während für die Arbeiter, in deren Fach keine Gewerkschaft besteht, eine kommunale Versicherung nach demselben Muster gebildet wird; ein paritätischer Arbeitsnachweis ergänzt die Tätigkeit der Kasse. Jetzt tritt die Frage auf, ob nicht der Staat an die Stelle der Gemeinden zu treten habe, um allgemein durchzuführen, was bis jetzt nur Ausnahme ist. Auch könnte man noch erwägen, inwieweit ein höherer Zuschuß für die am schlechtesten entlohnten Arbeiter erwünscht wäre. Aber die Hauptsache, die als Prinzip für jede öffentliche Unterstützung zu gelten hat, ist hier erfüllt: die Gewerkschaften müssen die Kontrolle ausüben, damit nicht Verweigerung der Unterstützung infolge der Verweigerung, die vom Arbeitsnachweis angebotene Arbeit anzunehmen, zu einem Kampfmittel gegen ihre Errungenschaften wird.

Bei Vorschlägen zur praktischen Verwirklichung in einer Frage, in denen die grundsätzlichen Klasseninteressen sich widerstreiten, kann es sich nur um Regelungen handeln, die dem augenblicklichen Machtverhältnissen entsprechen; also nicht um Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, die erst von einem siegreichen Proletariat zu erwarten sind. Der Druck, durch den die Reservearmee ein stetiges Steigen der Löhne verhindert, ist nicht aufzuheben; man kann nicht mehr, als die Kraft beseitigen, die die bisherigen Errungenschaften der Gewerkschaftsbewegung immer wieder herunterzudrücken sucht. Das ist ein bedeutames und zugleich erreichbares Ziel; allerdings darf man sich nicht der Illusion hingeben, die besitzende Klasse sei sofort bereit, uns darin entgegenzukommen. Um so mehr werden die Massen uns verstehen; gerade die Aufstellung dieser Forderung, die Hervorhebung ihrer sehr begrenzten Wirkung und die trotzdem ablehnende Haltung der Bourgeoisie werden am besten geeignet sein, die Massen über Kapitalismus und Sozialismus aufzuklären und sie in der kommenden Zeit der Krise zum Klassenkampf zu wecken. —